

CDU FDP

Fraktionsgeschäftsstelle:

Bahnstraße 31
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 / 45 95 40
Telefax: 0208 / 45 95 419
E-Mail:
cdu-fraktion-muelheim@stadt-mh.de

- Fraktionen im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**
 Fraktion in der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3

Antrag

Nr.: A 15/0386-01

gemäß § 9 der Geschäftsordnung

öffentlich**Datum:** 29.04.2015**Postversand:** 30.04.2015**Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld
 Frau / Herrn Vorsitzende/n Name des Ausschusses
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

Beratungsfolge:**Status:*** **Datum:** **Gremium:**

Ö 07.05.2015 Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

Antrag zum TOP-9: "Finanzen", hier: Finanzierung der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Mülheim an der Ruhr durch Bund und Land NRW

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 29.04.2015**Beschlussvorschlag:**

Die Fraktionen von CDU und FDP beantragen:

Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr beschließt:

Die Oberbürgermeisterin und die Verwaltung werden unterstützt und beauftragt, sich in Schreiben an die Bundes- und Landesregierung sowie an die Mülheimer Bundes- und Landtagsabgeordneten bei Bund und bei Land NRW dafür einzusetzen, dass die Kommunen wie

Mülheim an der Ruhr zukünftig von den Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen vollständig entlastet werden.

Die Stadt Mülheim an der Ruhr bekennt sich zu ihrer humanitären Verpflichtung und Verantwortung, den Flüchtlingen Hilfe zu leisten. Die Integration von Flüchtlingen ist für unsere Gesellschaft auch mit vielen Chancen verbunden. Dafür müssen wir den passenden Rahmen schaffen, etwa über einen verbesserten Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt oder einen erleichterten Zugang zu Sprachkursen. Bund und Land dürfen die Kommunen bei der Bewältigung der Folgen internationaler Konflikte und Krisen aber nicht alleine lassen.

Begründung:

Antrag zum TOP-9: „Finanzen“, hier: Finanzierung der Unterbringung und Integration von
Im Jahr 2015 sind insgesamt 85.394 Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingegangen; im Vergleich zum Vorjahr mit 37.820 Asylanträgen bedeutet dies eine Verdoppelung der Antragszahlen (+125,8 %). (Asylgeschäftsstatistik für den Monat März 2015, S. 3) Mit diesem enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen geht der rasante Anstieg der kommunalen Kosten für die Flüchtlingsunterbringung einher. Die Flüchtlingsströme wurden bisher massiv unterschätzt, so dass kurzfristige Hilfe erforderlich ist.

Die eingeleiteten Sofortmaßnahmen von Land und Bund, in den Jahren 2015 und 2016 bundesweit jeweils 500 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, sind ein wichtiger Beitrag, decken aber immer noch bei Weitem nicht die Kosten, die in Mülheim an der Ruhr für die Versorgung und Unterbringung, ganz zu schweigen von Betreuungs- und Integrationsangeboten wie Sprachkursen entstehen.

Der Rat der Stadt sieht Bund und Land in der Pflicht, die Kommunen weiterhin spürbar zu entlasten. Wir schließen uns ausdrücklich der Forderung an, dass der Bund unverzüglich die Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen vollständig übernehmen muss. Dabei sind auch die kommunalen Integrationskosten und die Kosten der geduldeten Flüchtlinge vollständig miteinzubeziehen. Aufgrund der unzureichenden Kostenübernahme werden die finanzschwachen nordrhein-westfälischen Kommunen wie Mülheim an der Ruhr besonders und überproportional belastet.

Wolfgang Michels
CDU-Fraktionsvorsitzender

Peter Beitz
FDP-Fraktionsvorsitzender